

Bürgerinitiative Gegenwind Chemnitz
Bergeshöh 29, 09128 Chemnitz



An die Stadträte der Stadt Chemnitz
Fraktion ...

Chemnitz-Euba, den 22.04.2017

Geplante Errichtung einer Müllverbrennungsanlage am Weißen Weg in Stadtteil Hilbersdorf

Sehr geehrte Frau Stadträtin,
sehr geehrter Herr Stadtrat,

mit großer Sorge haben wir vom Vorhaben der Stadt Chemnitz zur Errichtung einer Ersatzbrennstoffanlage an der Deponie Weißer Weg Kenntnis erhalten.

Gerade die Nähe der Stadtteile Euba und Hilbersdorf sowie der Nachbargemeinde Niederwiesa zum geplanten Standort lassen erhebliche Bedenken zu einer EBS-Anlage aufkommen.

Selbst bei Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben bei der Müllaufbereitung ist es nicht auszuschließen, dass hohe Chlor- und Schadstoffgehalte im EBS-Brennstoff vermeidbar sind.

Exakte gesetzliche Grenzwerte für die Schadstoffbelastung von „Ersatzbrennstoffen“ gibt es nicht.

Die **freiwillige** Vereinbarung (Gütezeichnender Sekundärbrennstoff-Hersteller) ist unverbindlich und außerdem hersteller- und nicht umweltorientiert.

Abfall verliert auch nicht durch Vorbehandlung seine Eigenschaft als Abfall. Damit ist die Gefahr des Austretens gefährlicher Schadstoffe nicht ohne weiteres händelbar.

Aus Abfällen, insbesondere aus Siedlungsabfällen aufbereitete „Ersatzbrennstoffe“ sind vor allem in Bezug auf Kupfer- und Chlorgehalte nichtausreichend schadstoffentfrachtet. Die Verbrennung führt zu erhöhter Bildung von Dioxinen und Furanen. Die verwendeten Aufbereitungsmethoden für Abfälle bewirken nachgewiesenermaßen keine entscheidende Schadstoffminderung.

Die Genehmigungspraxis zeigt leider, dass unter dem Verweis auf die Grenzwerte der Verordnung zur Verbrennung und Mitverbrennung von Abfällen (17. BImSchV) Billig-Rauchgasreinigungen projiziert und genehmigt werden. EBS-Müllverbrennungsanlagen (MVAs) werden mit simpler Rauchgasreinigungstechnik ausgestattet (SNCR1, Trockensorption mit Gewebefilter). Emissionen und Immissionsbelastungen sind somit unausweichlich und betragen ein Mehrfaches im Vergleich zu regulären MVAs mit hohen technischen Aufwand. Mono-Verbrennungsanlagen, wie am Weißen Weg geplant, sind für Ersatzbrennstoffe aus Abfällen sind daher abzulehnen.

Angeblich spielen nach Aussage des Bundesumweltministeriums Müllverbrennungsanlagen heute bei den Emissionen von Dioxinen, Staub und Schwermetallen aufgrund stark verbesserter Filtertechnologien keine Rolle mehr. Die Praxis zeigt jedoch leider anderes, denn die Bewertungsgrundlage des Bundes-

Immissionsschutzgesetzes stammt aus dem Jahre 1986. Bei der Verbrennung entsteht ein Mix aus zehntausenden chemischer Verbindungen, die im Einzelnen kaum detailliert kontrollierbar sein dürften. Außerdem ist mit einer hohen Feinstaubbelastung zu rechnen, die die ohnehin schon damit beschwerte Umwelt weiter belastet. Das bedeutet nicht zuletzt eine zusätzliche Beeinträchtigung für Umwelt und Natur sowie die Gesundheit der Bevölkerung.

Unserer Ansicht nach handelt es sich bei der Forcierung von MVAs um eine fehlgeleitete Umweltpolitik. Anstatt in wirkungsvolle Möglichkeiten zur Abfallvermeidung und dem Recycling von Kunststoffen zu investieren, wurden teure MVAs errichtet, die noch über Jahre abgeschrieben werden müssen. Um die Kosten decken zu können, führt das dazu, dass (nach deutschen gesetzlichen Bestimmungen) auch fragwürdiger Müll aus ganz Europa an die entsprechenden Standorte gekarrt wird. Verbrennungspreise werden hochgehalten, so dass sich das Ganze zu einem lukrativen Geschäft für die Betreiber der MVAs entwickelt.

Also auch hier werden wieder mal unter dem Deckmantel von Ökologie und Umweltschutz Schnellschüsse getätigt, die am Ende die Umwelt, die Natur, den Lebensraum und damit die Gesundheit der Menschen einschränken und belasten.

Neben dem zu erwarteten Ausstoß von gesundheits- und umweltschädlichen Stoffen ist außerdem ein starker Eingriff in die Landschaft rund um den Weißen Weg notwendig, um die entsprechende Infrastruktur zu schaffen. Damit kann auch das vom Stadtrat am 04.11.2009 beschlossene Städtebauliche Entwicklungskonzept SEKo nicht eingehalten werden, das sowohl Hilbersdorf als auch Euba zu bedeutsamen Freizeit- und Erholungsarealen, Wohn- und Erholungsgebieten sowie zu kulturhistorisch wertvollen Landstrichen erklärt hat.

Wir bitten die Stadt Chemnitz und die Verantwortlichen, das geplante Projekt zur Errichtung einer MVA am angegebenen Standort oder überhaupt auf Grund o.g. Ausführungen nochmals zu überdenken.

Die BI Gegenwind behält sich entsprechende Maßnahmen und eine Unterschriftenaktion in den betroffenen Stadtgebieten vor, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen.

Mit freundlichen Grüßen

BI Gegenwind Euba